

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1294 06  
Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 08 86846 pbbn d

## Inhalt

38. Jahrgang / 7

11. Januar 1983

Helmut Rothemund MdL,  
Mitglied des SPD-Vorstan-  
des, verurteilt, daß die  
gesamte Unionsspitze in  
Geißlers Horn bläst: Der  
Bürger wendet sich mit  
Grausen. Seite 1

Der Bürger wendet sich mit Grausen

Die gesamte Unionsspitze bläst in Geißlers Horn

Von Dr. Helmut Rothemund MdL  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Björn Engholm MdB stellt  
fest, daß die CDU/CSU in  
13 Jahren nichts dazu ge-  
lernt hat: Bildungsfeind-  
lich aus Tradition.  
Seite 2

Mit Bestürzung habe ich zur Kenntnis genommen, daß sich der  
CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Strauß voll hinter  
die diffamierenden Äußerungen des CDU-Generalsekretärs  
Geißler gestellt hat. Während bisher die, wenn auch schwache  
Hoffnung bestand, Geißlers Äußerungen würden als ver-  
baler Betriebsunfall einmalig bleiben, ist nunmehr die  
erschreckende Tatsache zu registrieren, daß Strauß und die  
gesamte Unionsspitze hinter diesem Verfall der demokrati-  
schen Sitten stehen.

Wilhelm Nöbel MdB führt  
den Nachweis, das Postmi-  
nister Schwarz-Schilling  
die deutsche Wirtschaft zum  
Vorteil der Japaner schä-  
digt: Auf dem falschen  
Weg. Seite 5

Wenn Strauß die CDU sogar dafür lobt, daß sie nunmehr die  
"Holzknecht"-Sprache der CSU übernommen hat, kann dies,  
nur als Beweis dafür gewertet werden, daß in der Union  
insgesamt die Entschlossenheit vorhanden ist, den demokrati-  
schen Konsens aufzugeben. Strauß, Geißler und die Spitzen  
der Union insgesamt haben sich ins demokratische Abseits  
gestellt. Die Bürger wenden sich mit Grausen.

Freimut Duve MdB und  
Günther Jansen MdB fordern  
gemeinsame Maßnahmen der  
Küstenländer: Gefahren  
für die Nordsee nicht ver-  
harmlosen. Seite 6

Ich bin der Überzeugung, daß die SPD auch in Bayern aufholt  
und die politischen Ziele der Sozialdemokraten bei den  
Bürgern in Bayern immer mehr Zustimmung finden. Die bayeri-  
sche SPD wird ihre gesamten Kräfte einsetzen, um den SPD-  
Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel zu unterstützen.

(-/11.1.1983/ks/ca)

### Dokumentation

Wahlschnellbrief von Peter  
Glotz: Nicht auf die auf-  
geregten Trompeten-Stöße  
des Adenauer-Hauses herein-  
fallen. Seite 8

+ + +

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

Vertrieben durch  
die emalia-Kolonne  
Reinhold-Peuer 

Bildungsfeindlich aus Tradition

Die CDU/CSU hat in 13 Jahren nichts dazugelernt

Von Björn Engholm MdB

Bundesbildungsminister a.D.

Die maßlose Wahlkampfpolemik, wie zum Beispiel die des mit Doppelfunktionen überforderten CDU-Generalsekretärs und Bundesfamilienministers Heiner Geißler zeugt von einer zunehmenden Verunsicherung der Rechtskoalition, denn immer mehr Bürger erkennen, daß diese Regierung den falschen Weg geht, der nicht zur Lösung der bestehenden Probleme, sondern zu ihrer Verschärfung führt.

Dieser Politik fehlt die Überzeugungskraft, die die Menschen ermutigen und ihre Kräfte mobilisieren könnte.

Mit der ungerechten, einseitigen Verteilung der Lasten hat die Rechtskoalition ihre Chance für eine moralische Glaubwürdigkeit bereits verspielt.

Wie in den anderen politischen Bereichen ist die Union trotz 13jähriger Opposition auch in der Bildungspolitik konzeptlos und produziert durch ihre Politik höhere Jugend- arbeitslosigkeit, Chancenungleichheit sowie erhebliche Probleme auf dem Ausbildungs- platzmarkt. Für einen großen Teil der jungen Generation bedeutet eine solche Politik das bildungspolitische Aus.

- o Wenn die Rechtskoalition von der "geistigen Neuorientierung" und neuen "politischen Gesinnung" in der Bildungspolitik spricht, so bedeutet das ein Ende für jegliche soziale Chancengleichheit in der Bildung.
- o Wenn die Rechtskoalition einen angeblichen "Scherbenhaufen" beklagt, den die Sozial- Liberalen hinterlassen hätten, ist dies nichts weiter als Polemik. Ein Blick in die umfangreichen Akten von Bund und Ländern macht deutlich, wie sehr CDU und CSU die Bildungspolitik als Blockade beziehungsweise Hebel im Bundesrat verstanden haben, um klare sozial-liberale Vorstellungen zu verwässern. Ob es um das Hochschulrahmen- gesetz, um das BAföG oder um Hochschulstandorte ging: Die Union gab nach zähen Ver- handlungen immer nur halbherzige Zustimmungen, was stets der Sache selbst schadete. Sie behinderte ein gesundes organisatorisch ineinandergreifendes föderalistisches Bildungssystem.
- o Wenn die Rechtskoalition unter dem Etikett "Staatsverschuldung" größere Ausbil- dungsanstrengungen unterläßt, soziale Ausbildungsförderung radikal zusammenstreicht, die Öffnung der Bildungswege zurücknimmt, verharrt sie in der Tradition bildungs- feindlicher Kampagnen, wie sie von der Union in den vergangenen 15 Jahren kontinuier- lich betrieben worden sind.

Auch wenn alles bis zur Bundestagswahl am 6. März 1983 sanft verpackt bleibt, so be- steht kein Zweifel daran, was gewollt ist:

- Weg von der erfolgreichen Tendenz der Höherqualifizierung einer großen Zahl von Jugendlichen,
- weg von einer Chancengleichheit, die auch Jugendlichen aus einkommensschwachen Arbeiter- und Angestelltenfamilien den beruflichen Aufstieg ermöglicht hat,



- weg vom Ziel kritischer Mündigkeit, die selbständiges Denken vor Autoritätshörigkeit setzt.

Hinter einer solchen Politik steht eine konservative Ideologie die in ihren Zielsetzungen und Auswirkungen eindeutig ist: Der Bildungsreform der letzten 15 Jahre folgt eine Trendwende nach Rückwärts in die neo-konservative und restaurative Dreiklassen-Gesellschaft der 50er Jahre.

1. Die Rechtskoalition hat die Ausbildungsförderung für Schüler weitgehend gestrichen. Wer einen solchen Kahlschlag in der Schülerförderung betreibt, beweist, daß er nicht denjenigen eine Bildungs- und Zukunftschance geben will, deren Eltern nicht aus eigener Kraft den Besuch einer weiterführenden Schule finanzieren können. Das Gymnasium soll wieder zu einer Schule der Elite werden. Damit werden die Familien im Stich gelassen, die durch die Sparpolitik schon an anderer Stelle hart getroffen werden. Das Grundrecht der freien Wahl von Beruf und Ausbildungsstätte wird dadurch ausgehöhlt.
2. Die Rechtskoalition spielt die Ausbildungsplatzsituation herunter und beschränkt sich auf Gesundbeteuerungen.  
Bei über 36.000 derzeit fehlenden Ausbildungsplätzen wird mit dererlei Verharmlosungen noch nicht einmal das Problembewußtsein der Arbeitgeber erhalten, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Dezember 1980 zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz die Verantwortung dafür tragen, daß jeder ausbildungswillige Jugendliche auch einen Ausbildungsplatz erhält. In diesem Zusammenhang: Der von der Regierung vorgelegte Entwurf zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes wird keinen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz schaffen, sondern nur den Abbau bewährter Schutzvorschriften für die Jugend bewirken.
3. Die Rechtskoalition gibt keinen sachlichen Anhaltspunkt, ob sie die Politik zur Öffnung der Hochschulen aufrechterhalten will.  
Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß dem sozialen Numerus-clausus durch den BAföG-Kahlschlag eine Verschärfung der Numerus-clausus-Fächer an den Hochschulen folgen wird.

Ob es sich um die Anzettelung der Diskussion über die Einführung von Studiengebühren und die anschließend eilfertig abgegebenen Dementis, um die Kürzungen beim Schüler-BAföG oder die Umstellung der Studentenausbildungsförderung auf Vollدارlehen mit wirklichkeitsfremden Argumenten und Gefälligkeitsumfragen handelt - das Ziel der Kohl/Censcher-Regierung ist trotz aller Verschleierversuche klar vorgezeichnet: Durch finanzielle Schranken wird Bildung wieder zum Privileg der Bestergestellten, das Bildungswesen wird privatisiert.

Sozialdemokraten wollen einen anderen Weg in der Bildungspolitik gehen:

1. Für Sozialdemokraten bleibt es eine zentrale politische Aufgabe, die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen der geburtenstarken Jahrgänge auch unter erschwerten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen zu sichern. Deshalb hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ein Sofortprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für unversorgte Jugendliche vorgelegt.
2. Sozialdemokraten halten an einer Politik der offenen Bildungswege fest: Allen Jugendlichen muß eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht werden. An den Anstrengun-



gen für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot darf nicht nachgelassen werden. Die mit Milliarden-Aufwand von Bund und Ländern geschaffenen Hochschulkapazitäten müssen verstärkt genutzt werden. Es ist dringend davor zu warnen, daß die auf Initiative vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt 1977 gefaßten Beschlüsse der Länder zur Sicherung der Ausbildungs- und Beschäftigungschancen der geburtenstarken Jahrgänge aufgegeben werden zu einem Zeitpunkt, zu dem sie nach dem Willen der Regierungschefs wirken sollten.

Ein Rückfall in die Zwangsbewirtschaftung der Mehrzahl der Studienplätze ist im Interesse der nachwachsenden Generation und zur Erhaltung der Gestaltungsfreiräume der Hochschulen selbst zu vermeiden.

3. Sozialdemokraten sehen in der Förderung eines leistungsfähigen wissenschaftlichen Nachwuchses ein wichtiges Ziel der Forschungs- und Bildungspolitik. Wir erwarten einen raschen Abschluß der Verhandlungen mit den Ländern über das noch von Sozialdemokraten vorgelegte Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
4. Sozialdemokraten sehen in der Schaffung ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten, gerade auch für die geburtenstarken Jahrgänge, eine Bewährungsprobe für die Solidarität mit der jungen Generation. Alle hierzu gegebenen Möglichkeiten, insbesondere auch kostenneutrale Lösungen im öffentlichen Dienst, sind zügig zu prüfen. Studienberechtigte müssen durch Information und Beratung ein realistisches Bild über ihre Arbeitsmarktchancen erhalten. Ein akademischer Abschluß allein ist keine Garantie dafür, lebenslang mehr zu verdienen als ein Facharbeiter.
5. Sozialdemokraten halten ein Mindestmaß an Einheitlichkeit im Bildungswesen und Toleranz zwischen den Ländern für unverzichtbar. Zur Erfüllung der anstehenden bildungspolitischen Aufgaben muß die Bund-Länder-Kommission verstärkt genutzt werden. Nur hier ist die angesichts veränderter Rahmenbedingungen noch dringender gewordene Abstimmung von Bund, Ländern und allen beteiligten Politikbereichen möglich. Die Frage des Standes und der Aufgaben gesamtstaatlicher Bildungsplanung ist von den Regierungschefs von Bund und Ländern alsbald zu erörtern.

Sozialdemokraten werden jene gesetzgeberischen Maßnahmen der Rechtskoalition zurücknehmen, die sich gegen ein demokratisches, leistungs- und wandlungsfähiges Bildungssystem richten und damit den Bürgern und besonders der jungen Generation persönliche, berufliche und politische Bildung verbauen. Dies gilt insbesondere für die Schülerausbildungsförderung. Der Verfassungsgrundsatz der Chancengleichheit muß weiterhin durch eine intensive und individuelle Förderung aller Lernenden in allen Stufen des Bildungssystems verwirklicht werden.

(-/11.1.1983/ks/ca/rs)

+ + +



Auf dem falschen Weg

Postminister Schwarz-Schilling schädigt die deutsche Wirtschaft zum Vorteil der Japaner

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die neuen Informations- und Kommunikations (IuK)-Techniken werden in viele Lebensbereiche eingreifen. Gefahren drohen vor allem für den Arbeitsmarkt. Prognosen sprechen von Verlusten bis zu zwei Millionen Arbeitsplätzen. Es bedarf aller Anstrengungen, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Die Arbeitsgruppe "Neue IuK-Techniken" der SPD-Bundestagsfraktion hat dazu kürzlich eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt.

Dennoch geht an diesen Techniken kein Weg vorbei. Um so dringlicher ist es, eine Situation zu vermeiden, in der der breite Einsatz der IuK-Techniken uns lediglich alle negativen Arbeitsmarkteffekte beschert, wie sie bereits seit Jahren in vollem Gange sind und als Folge von Rationalisierungsschüben auch weiterhin zu erwarten sind. Vielmehr muß eine solche Kabelstrategie verfolgt werden, die auch deren Innovations- und Wachstumsimpulse nutzt.

Die Verkabelungspolitik des derzeitigen Bundespostministers geht den falschen Weg. Mit ihrem Verzicht auf den zügigen Ausbau eines zukunftsweisenden Glasfasernetzes wird eine Verkabelung betrieben, die der deutschen Industrie besonders wenig, der japanischen Exportindustrie dagegen besonders viel nützt. Die Manager der japanischen Exportindustrie reiben sich die Hände.

1. Schwarz-Schilling schiebt den Aufbau eines dialogfähigen Breitbandnetzes in weite Ferne. Er verschiebt damit genau denjenigen Teil der IuK-Techniken, von dem die deutsche Industrie noch positive Wachstums- und Innovationsimpulse erwartet (die negative Seite der IuK-Techniken, in Form von Rationalisierungsschüben, die sich heute schon über schmalbandige Dienste und nicht-öffentliche Netze realisieren läßt, haben wir bereits). Schwarz-Schilling verschiebt damit auch die Bereiche, bei denen die deutsche Herstellerindustrie die Nase vorn hat: Bei der Entwicklung der Glasfaser und der zugehörigen Netzkomponenten, sowie im Bereich neuartiger Endgeräte.

Schwarz-Schilling sorgt dafür, daß bei uns die Zukunft verschlafen wird. Er gibt stattdessen der japanischen Industrie in diesen Bereichen Zeit zum Aufholen.

2. Schwarz-Schilling behauptet nun, die von ihm favorisierte Koax-Verkabelung würde wenigstens positiv den Markt der Endgeräte beeinflussen. Aber zum Verteilen zusätzlicher Fernsehprogramme braucht man an Endgeräten allenfalls einen neuen Fernseher und auch nur dann, wenn der alte über zehn Jahre alt ist, und noch nicht genügend Programmtasten hat. Oder man kann mit einem Videorecorder noch etwas mehr "spielen". Beide Bereiche sind jedoch auch wieder die Domäne der Billigprodukte der Japaner, welche auch vor symbolischen Dumping-Aktionen, wie der Unterschreitung der 1.000,- DM-Grenze vor Weihnachten bei den Videorecordern nicht zurückschrecken.

Fazit: Die Motive der neuen Medienpolitiker Schwarz-Schilling, Albrecht und Späth sind nicht ökonomischer, marktwirtschaftlicher Struktur, nicht auf die beschworene Modernisierung der deutschen Volkswirtschaft und ihrer technologischen Leistungsfähigkeit gerichtet.

Diese Medienpolitiker haben lediglich das ideologische Ziel, möglichst schnell ihnen genehme Massenmedien zu schaffen. Und sicher haben sie recht, daß billige Kommerzprogramm ihren politischen Zielen näher stehen als unser bisheriges differenziertes System der Massenmedien, dessen finanzielle Basis durch den gezielten Einsatz öffentlicher Mittel, nicht etwa durch Wettbewerb zerstört wird. (-/11.1.1983/ks/ca)

+ + +



Gefahren für die Nordsee nicht verharmlosen

Gemeinsame Maßnahmen der Küstenländer sind notwendig

Von Freimut Duve MdB und Günther Jansen MdB

Die zweite Anhörung der Nordsee-Gutachten hat verstärkt die Notwendigkeit einer internationalen Nordsee-Konferenz der Anrainerstaaten deutlich gemacht.

Die enorme Belastung mit Umweltgiften, die durch Verschmutzungen vom Lande aus bewirkt wird, muß aber vor allem von uns Deutschen selbst verantwortet werden. Wir sind in unserer Auffassung bestätigt worden, daß alle vier Küstenländer eigene Umweltministerien einrichten müssen. Nur so können umfassende gemeinsame Aktionen der deutschen Küstenländer erfolgen.

Wir fordern eine systematische katastermäßige Erfassung aller Einleitungen aus der Industrie und kommunalen Kläranlagen an Rhein, Elbe und Weser und die öffentliche Kontrolle aller Einleitungserlaubnisse.

Die starke Vorbelastung der Elbe durch CSSR und DDR mit Schwermetallen muß rasch durch Verhandlungen und Übereinkommen verringert werden.

Die Cadmium-, Quecksilber- und PCB-Belastungen aus "eigenen Quellen" dürfen jedoch nicht verniedlicht und verharmlost werden durch den Klageruf gen Osten. Die Sünden der anderen entlasten nicht diejenigen, die bisher unbekümmert mit Elbe und der Deutschen Bucht umgegangen sind.

Schaffen von Arbeitsplätzen und Umweltschutz im Einzugsbereich der Nordsee stellen keinen Gegensatz dar.

Allerdings folgen wir der Kritik des Nordsee-Gutachtens, die feststellt, daß bisher vor allem Industrieanlagen erstellt wurden, bei denen im Verhältnis zur hohen Kapitalintensität relativ wenig Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die vorbildlichen Umweltschutz-Anlagen im Chemie-Komplex Brunsbüttel müssen selbstverständlicher Standard für alle Altanlagen an Flüssen und Küsten der Nordsee werden.

Als den dramatischen Umweltproblemen der Elbe und der Nordsee unangemessen empfinden wir die selbstgerechte Nachlässigkeit, mit der die Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung bei der Anhörung die Nordsee-Befunde auf die leichte Schulter genommen haben. Es ist unverständlich, daß die Belange der Fischerei und der Ökologie von den Vertretern der Landesregierung nicht einmal erwähnt wurden. Dabei kritisieren wir, daß immer wieder der Versuch gemacht wird, die wissenschaftlichen Befunde des Nordsee-Gutachtens ins Zwielicht der Unwissenschaftlichkeit zu bringen, anstatt die dringenden Warnungen ernst zu nehmen.



Die Pläne, an der Küste aus Sicherheitsgründen eine zweite Deichlinie ins Wattenmeer hinein zu bauen, sind nicht nur finanziell nicht tragbar, sondern dadurch würden weite Wattenmeergebiete, deren ökologische Bedeutung eindrucksvoll dargestellt wurde, zerstört.

Durch die von der CDU-Landesregierung Schleswig-Holstein jetzt begonnene große Eindeichung der Nordstrander Bucht würden circa 3.500 Hektar wertvolle Wattenflächen vernichtet.

Wir folgen den Experten, die dargestellt haben, daß der notwendige Schutz von Menschenleben auch durch andere Maßnahmen garantiert werden kann.

Dieser Schutz gegen Sturmflut hat unbestritten höchste Priorität. Das heißt für Sozialdemokraten: Eine schnelle und konsequente Politik der Deichverstärkung.

Wir begrüßen den Vorschlag vieler Natur- und Umweltschutzverbände, die letzte Chance zu nutzen und - anstatt der geplanten Großeindeichung - die Kompromißlösung des anerkannten Wattenmeer-Experten, Professor Dr. Heydemann (Universität Kiel), aufzugreifen.

Das überzeugende Konzept von Professor Heydemann sieht vor:

- Bau des Sicherungsdammes nach Pellworm (wie von der Landesregierung geplant)
- eine landnahe kurze Verdeichung vor der Mattstedter Marsch bis zur Arlau und dem Ockholmer Koog.

Statt der 3.500 Hektar würden so "nur" circa 700 Hektar Wattenflächen zerstört.

- Verstärkung der vorhandenen Deiche an der schleswig-holsteinischen Küste und auf den Inseln.

Günther Jansen hat den schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister Flessner bereits im ersten Halbjahr 1982 aufgefordert, diesem Vorschlag zuzustimmen. Die CDU-Landesregierung handelt nach dem Prinzip: "Recht hat die Landesregierung und sonst niemand!" und hat diese gemäßigten Kompromißvorschläge verworfen.

Wir fordern die CDU-Landesregierung noch einmal auf, alle Beteiligten an einen Tisch einzuladen und auf den sachlichen, fundierten Vorschlag von Professor Heydemann einzugehen. Die SPD ist bereit, für ein solches Modell volle Verantwortung zu übernehmen.

(-/11.1.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Im Wahlschnellbrief Nr. 3 hat SPD-Bundesgeschäftsführer, Peter Glotz, folgendes Schreiben veröffentlicht.

Nicht auf die aufgeregten Trompeten-Stöße des Adenauer-Hauses hereinfliegen

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwei Monate vor der nun feststehenden Bundestagswahl hat sich die Ausgangsposition der Parteien markant gewandelt: Die Union, noch um die Wende November/Dezember 82 scheinbar unbesiegbare Favorit, gerät in die Defensive. Die SPD ist im Angriff und gewinnt Woche für Woche an Boden.

Die CDU-Wahlkampfstrategie hat sich verkalkuliert. Es sind vor allem vier Entwicklungen, die das Konzept des Adenauer-Haus-Kurses verdorben haben:

1. Die Verschiebung der Wahl auf den März stellt sich inzwischen als kardinaler Fehler heraus. Er hat die Union verleitet, nicht sofort alle Karten auf den Tisch zu legen, sondern auf den sicher erscheinenden Sieg am 6. März zu warten. So erscheint die neue Regierung in einer schweren Krise als halbherzig, wirkungsschwach und unentschlossen. Das Ziel dieser Operation Kohls und Geißlers, die Rettung der Rest-FDP, wird verfehlt; stattdessen zeigen die neuen Herren, daß sie mit Wasser kochen, und das auch noch schlecht. Strauß hat wieder einmal Recht behalten, als er Schmidts Neuwahlvorschlag folgen wollte - Salz in alte Wunden der Union.
2. Die zwei wichtigsten Geißlerschen Strategie-Ansätze haben sich überlebt. Die Warnung vor der "rot-grünen Unregierbarkeit" ist in Hamburg auf der Strecke geblieben; und die Erblast-Kampagne beginnt, den Menschen auf die Nerven zu gehen. Die CDU wird trotzdem an ihren altbackenen Kampagnen festhalten; mit zunehmend schrillum Ton - denn es fehlen ihr andere Themen. Aber eine Kommunikation bringt sie damit nicht mehr zustande; nur ein "Einkloppen" ihrer Stammwähler.
3. Die sozialdemokratischen Denkansätze beginnen dagegen zu wirken. Die Gerechtigkeits-Kampagne gegen die unsozialen Mietgesetze, die Kürzungen bei der Ausbildungsförderung und die Rückzahlbarkeit der zudem einzigen Belastung der Besserverdienenden, der "Zangsanleihe", haben die Union tief verunsichert. Schon "wackelt" Bauminister Schneider, auch unter dem Druck eigener CDU-Bürgermeister aus großen Kommunen; und Blüms ungläubiger Vorstoß zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes trägt Unruhe und Streit in die eigenen Reihen. Seit nun auch die Abrüstungspolitische Linie Hans-Jochen Vogels und des Präsidiums die Rechtskoalition verunsichert und von Genscher bis Mertes politisch neue "besonnene" Zwischentöne zu hören sind, bewegt sich die Union im Krebsgang auf Positionen zurück, die sie für verteidigbar hält. Inzwischen kopiert sie schon Lay-Out und Tonlage unserer Anzeigen-Serie vom September 82.
4. Das erstaunlichste Faktum dieses Wahlkampfes liegt allerdings in der Konfrontation der Spitzenmänner Kohl und Vogel. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein Herausforderer auf so vielen Gebieten einen Kompetenzvorsprung gegenüber dem Amtsinhaber verzeichnen können wie Vogel gegenüber Kohl. Spätestens seit Hans-Jochen Vogels erfolgreichen Reisen ist der Anfangs-Bonus Kohls (der auch von der überspitzt negativen Vor-Propaganda gegen Kohl lebte) aufgebraucht. Jetzt steht Bonhomie gegen Kompetenz. Man kann darauf warten, daß in der CDU/CSU die Personaldiskussion von neuem beginnt - der Schatten des Abgeordneten aus Weilheim-Schongau wird von Tag zu Tag wieder größer.



Dies alles wird nicht formuliert, um die kämpfende SPD-Organisation in Sicherheit zu wiegen. Wir brauchen ein Ergebnis wie 1972; und das ist sehr schwer. Noch immer liegt die Union vor der SPD. Aber der Vorsprung schmilzt. Wir können es schaffen.

Wichtig ist jetzt, daß wir unseren Wahlkampf weiterführen und nicht auf die aufgeregten Trompeten-Stöße des Adenauer-Hauses hereinfallen. Wenn Geißler inzwischen seine Unsicherheit mit überschnappender Stimme zu übertönen versucht (Mietenlüge - anständige Deutsche - Verbrecher), sollten wir ihn leerlaufen lassen. Daß ausgerechnet der Jugendminister einen Wahlkampf vorexerziert, der gerade die Jugend (aber nicht nur die) ekeln muß, ist schlimm genug. Selbstverständlich werden wir mit Gegnern, die sich so verhalten, keine "Schiedsstelle" vereinbaren, die nur zum Resonanzboden und zur Verstärkeranlage für Polemik benutzt werden soll. Aber wir sollten nicht in den Ton Geißlers verfallen und nicht in gleicher Münze zurückzahlen.

Wir müssen vielmehr unsere Linie weiterziehen: einen dokumentarischen, argumentativen, sachbezogenen - harten Wahlkampf.

Unsere Motive:

- Die Union ist nicht mutig genug, deutsche Interessen gegen die Rechtsausleger in der Reagan-Administration zu vertreten (Genf - Mittelstreckenraketen).
- Die Politik der Übergangsregierung ist sozial ungerecht (Miete, BAföG, Rückzahlbarkeit der Zwangsanleihe).
- Kohl ist als Nachfolger von Männern wie Adenauer, Brandt und Schmidt rechtschaffen überfordert.
- In einer schweren ökonomischen und ökologischen Krise können wir uns keine Rückkehr zur Ellbogengesellschaft mit dem Nierentisch-Symbol leisten.

Unsere Kurzformeln:

- Im deutschen Interesse entschlossen und solidarisch handeln.
- Deutschland braucht wieder einen Kanzler, der es packt.

Ever  
Peter Glotz

(~/11.1.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

